Interview mit Oliver Geden

"Ich warne vor überzogenen Hoffnungen"

Der Wissenschaftler über Chancen beim gemeinsamen Gaseinkauf, Liefersicherheit und den Bau neuer Leitungen

Geden leitet die Forschungsgruppe EU bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Von der Energieunion erhofft er sich Vorteile.

Herr Geden, was versprechen Sie sich von einer europäischen Energieunion?

Die geplante Energieunion mag in vielen Punkten etwas unkonkret wirken. Ich erwarte aber auf einzelnen Feldern eine Reihe durchaus konkreter Fortschritte.

Zum Beispiel?

Das Konzept für die Energieunion misst Acer, der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden, eine größere Bedeutung bei. Das ist sehr gut. Im Moment tritt Acer nur bei grenzüberschreitenden Leitungsbauprojekten in Erscheinung, wenn sich zwei Staaten nicht einigen können. Die Agentur braucht aber mehr Einfluss, wenn der europäische Energiebinnenmarkt wirklich Realität werden soll.

Braucht die EU statt einer Agentur wie Acer nicht eine europäische Regulierungsbehörde?

Langfristig ist das sicher sinnvoll.

Würde ein gemeinsamer Gaseinkauf die Position der EU stärken?

Ich warne vor überzogenen Hoffnungen. Auf freiwilliger Basis mag das funktionieren. Ansonsten stößt man schnell an wettbewerbsrechtliche Grenzen.

Die Kommission will ihre Möglichkeiten verbessern, Einfluss zu nehmen auf Gaslieferverträge. Wie bewerten Sie das?

Das erscheint mir äußerst problematisch. Soweit es um zwischenstaatliche Vereinbarungen geht, mag das noch in Ordnung sein. Die Offenlegung privatwirtschaftlicher Verträge dagegen wird nicht funktionieren.

Wie bewerten Sie die Sicherheit der Gasversorgung?

Seit der Gasversorgungskrise von 2009 hat es eine Reihe beachtlicher Fortschritte gegeben. Die Möglichkeit einer Umkehrung der Fließrichtung in Erdgaspipelines, der sogenannte "reverse flow", ist mittlerweile in vielen Leitungen Realität. Zusätzlich wurden länderübergreifende Leitungsverbindungen ausgebaut. Sollte es wieder zu ähnlichen Situationen kommen wie 2009, dürfte es heute viel leichter sein, Gas in unterversorgte Regionen Südosteuropas zu bringen.

Russland hat den Bau der South-Stream-Pipeline abgesagt, das Gas soll nur noch in die Türkei geliefert werden. Was bedeutet das?

Wenn die Russen das tatsächlich so in letzter Konsequenz ernst meinen, müssen die Europäer selbst eine Möglichkeit schaffen, das Gas an der türkisch-griechischen Grenze abzuholen. Dafür sehe ich allerdings im Moment keine wirtschaftliche Basis. Es ist unklar, wie man dieses Problem lösen könnte.

Die Fragen stellte **Klaus Stratmann**.